

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Rolf Schwanitz MdB zum Prozeß
des Zusammenwachsens in
Deutschland: Das Umverteilen
und die Einheit.

Seite 1

Margitta Terborg MdB zur ge-
meinsamen Kundgebung gegen
Rechtsradikalismus und
Ausländerfeindlichkeit: Macht
mit, auch wenn der Streibl fehlt.

Seite 7

Karin Junker MdEP zur Not-
wendigkeit einer europäischen
Initiative: Handel mit Frauen aus
Thailand unterbinden.

Seite 8

47. Jahrgang / 208

28. Oktober 1992

Das Umverteilen und die Einheit

Zum Prozeß des Zusammenwachsens in Deutschland

Von Rolf Schwanitz MdB

**Vorsitzender der Querschnittsgruppe Einheit Deutschlands der
SPD-Bundestagsfraktion**

Der wilde Osten - wird Eigentum, Anlagevermögen und Boden zu Lasten der Ostdeutschen umverteilt? Diese Frage zielt in den innersten Kern der Empfindungswelt vieler ostdeutscher Bürger. Jeder Ostdeutsche ist bei dieser Frage zunächst erst einmal geneigt zu sagen: 'Ja, diese Umverteilung findet statt'. Eine Ursache für diese Voreiligkeit bei der Feststellung (über die Richtigkeit dieser Einschätzung muß später entschieden werden), ist der tägliche Lebensalltag und das damit im Osten vorhandene Enttäuschungspotential.

Man kann sich deshalb diesem Thema nur nähern, wenn zu Beginn kurz einige Eckpunkte des ostdeutschen Alltags skizziert werden.

Das, was seit zwei Jahren in der ostdeutschen Wirtschaft stattfindet, und was von einigen Mitgliedern der Bundesregierung immer noch zynisch als Anpassungsprozeß bezeichnet wird, ist ein rasantes Zerfallen ökonomischer Strukturen im umfassenden Sinne. Für einige Regionen Ostdeutschlands ist der Prozeß der Entindustrialisierung nahezu abgeschlossen. Das Bruttoinlandsprodukt, welches auf dem Territorium der ehemaligen DDR 1991 produziert wurde, betrug mit seinen 163 Mrd. Mark noch nicht einmal 28 Prozent dessen, was im gleichen Zeitraum allein das Bundesland Nordrhein-Westfalen zu produzieren in der Lage war. Damit wurde in den neuen Bundesländern eine Leistung erbracht, die gerade mal 7 Prozent dessen beträgt, was in den alten Bundesländern gefertigt worden ist. Nach Untersuchungen ostdeutscher Betriebsräte sind mittlerweile drei von vier Arbeitsplätzen vernichtet worden. Der Blick in einzelne Regionen und einzelne Branchen verdunkelt das Bild eher noch. In Sachsen wurde die Anzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe im Zeitraum vom September 1989 bis zum Mai 1992 beispielsweise von 1.129.700 auf unter 300.000 reduziert. Das sind 26 Prozent des Ausgangswertes. Im Bereich der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie des Freistaates Sachsen liegen wir mittlerweile bei 24 Prozent der Arbeitsplätze und im Maschinenbau - für Sachsen einst ein prägender Industriezweig - hat ein Beschäftigungsabbau auf 10 Prozent der Ausgangsgröße stattgefunden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Konzipiert, Dargestellt
und gedruckt mit
Recycling-Papier



Besonders hart von dieser Massenarbeitslosigkeit betroffen sind die Frauen. In meinem Wahlkreis, dem sächsischen Vogtland, wurde bereits ein Frauenanteil an der Arbeitslosigkeit von 77 Prozent erreicht. Der Verlust ökonomischer Selbständigkeit, der Zusammenbruch von Lebensperspektiven und Selbstwertgefühl sowie der drohende soziale Abstieg - vor allem für die alleinerziehenden Frauen - stehen unausgesprochen hinter diesen Zahlen. Der Tiefpunkt dieser Entwicklung scheint hingegen noch nicht erreicht zu sein. Nach den Erkenntnissen des Ifo-Instituts wird sich, wie das "Handelsblatt" bereits am 27. Juli dieses Jahres schrieb, der Stellenabbau in der Ost-Industrie fortsetzen. Die Mitarbeiterzahlen sollen danach bis zum Ende des Jahres um weitere neun Prozent reduziert werden. Die Frage nach Gerechtigkeit in diesem wirtschaftlichen Niedergang ist also nur zu verständlich. Die Frage nach Umverteilung zu Lasten der Ostdeutschen steht emotional vielleicht im Zentrum dieser Gerechtigkeitsdebatte.

Dennoch kann die These einer Umverteilung zu Lasten der Ostdeutschen nicht pauschal übernommen werden. Es stellen sich im theoretischen Vorfeld solcher Überlegungen vielmehr einige Einzelfragen, die zur schärferen Trennung des Themas gestellt werden müssen.

1. Welche Umverteilungsprozesse finden statt? Was ist der Gegenstand der Umverteilung und wohin wird verteilt?
2. Zu wessen Lasten geht in der Gesamtsumme aller Umverteilungen (zumindest der wichtigsten) dieser Prozeß vorstatten?

Nach mehreren Überlegungen, wieder verworfenen Modellen und einigen "schlaflosen Nächten" kann zur Beantwortung dieser Fragen folgende These aufgestellt, bzw. folgende Systematik entworfen werden:

Zu unterscheiden sind zunächst die individuellen Umverteilungen von den gesellschaftlichen Umverteilungsprozessen. Diese Differenzierung ist allein schon deshalb sinnvoll und angebracht, weil sich beide Prozesse nach der direkten Betroffenheit für den einzelnen Menschen unterscheiden. Während es sich bei den individuellen Umverteilungen um Vermögenswechsel (im weitesten Sinne) handelt, der im Sinne der Wegnahme oder Zuordnung die einzelne Person betrifft, geht es bei der gesellschaftlichen Umverteilung um Vermögenswechsel mit kollektiver Betroffenheit. Neben dieser Grundunterscheidung in Individuelle und gesellschaftliche Umverteilungen sollte noch eine weitere, sich bereits hier abzeichnende These, genannt werden. Sowohl in der individuellen als auch bei der gesellschaftlichen Umverteilung gibt es Umverteilungen von Ost nach West als auch von West nach Ost. Die Umverteilung ist keine ausschließliche Einbahnstraße von Ost nach West. Ob sich beide Verteilungsrichtungen jedoch die Waage halten, ob sie im Gleichgewicht liegen, bleibt abzuwarten.

Wie sieht es nun in den soeben unterschiedenen Verteilungsprozessen aus?

Da die Betroffenheit des Einzelnen sicherlich auch ein Maßstab für die Wahrnehmung der Umverteilung ist, sollte zunächst mit den individuellen Umverteilungen begonnen werden. Entsprechend der Eingangsthese sollte gleichzeitig nach der Verteilungsrichtung unterschieden werden. Deshalb also zunächst zu individuellen Umverteilungsprozessen - also Umverteilungen mit direkter Vermögenseinwirkung auf den einzelnen Menschen - in der Verteilungsrichtung von Ost nach West.

Es kann nicht verwundern, wenn in diesem Zusammenhang auf die offenen Vermögensfragen eingegangen werden muß. Ein Eingriff in individuelle Vermögensverhältnisse findet dann statt, wenn Restitutionsanträge positiv entschieden werden und dadurch Eigentum von Ostdeutschen auf die früheren Eigentümer bzw. sogenannte Berechtigte übertragen wird. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn der Eigentumserwerb der Ostdeutschen unter die sogenannte Stichtagsregelung vom 18.10.1989 fällt. Auch das zweite Vermögens-

rechtsänderungsgesetz hat diese Ungerechtigkeit nicht völlig beseitigt. Ein Ostdeutscher, der etwa im März 1990 auf der Grundlage des sogenannten "Modrow-Gesetzes" ehemals volkseigenen Grund und Boden erworben hat, ohne daß er in früheren Zeiten gegenüber dem Rat der Stadt einen Kaufwunsch geäußert hat (etwa weil er wegen fundierter Rechtskenntnisse von der Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens gewußt hat), muß bei Restitutionsbegehren früherer Eigentümer nach wie vor mit Rückübertragung, das heißt für ihn Eigentumsentzug, rechnen.

Eigentumsverlust droht für die Zukunft auch noch in anderen individuellen Fällen. So existieren nach wie vor eine ganze Reihe "gefährdeter Rechtsverhältnisse", die im zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz nur im Sinne eines Moratoriums stabilisiert, aber noch nicht endgültig bzw. bestandswirksam geregelt worden sind. Ich will hier nur an die sogenannten Überlassungsverträge erinnern.

In diesem Zusammenhang sollte auch noch auf individuelle Umverteilungen im Wohnungsbereich hingewiesen werden - geht es in vielen Fällen ja nicht nur um den Vermögensverlust bei Restitutionsverfahren allein. Vielmehr wird in Zukunft auch das Instrument der Kündigung von Mietverträgen wegen Eigenbedarf des neuen Eigentümers ins Haus stehen. Zwar meint auch die Bundesregierung hier den besonderen Kündigungsschutz für Ostdeutschland verlängern zu müssen. Doch gehört schon allein wegen der existenzbedingten Folgen einer erfolgreichen Kündigung bei den bisherigen Mietern auch diese Neuordnung von Nutzungsverhältnissen mit in die Liste der individuellen Umverteilungsprozesse. Bei den sogenannten Einliegerwohnungen werden wir das ab 1993 bereits erleben.

Als Besonderheit dieser Umverteilungen im Zusammenhang mit den offenen Vermögensfragen sollte noch eine Bemerkung zur Verteilungsrichtung angefügt werden:

Diese Umverteilungen werden in die Richtung von Ost nach West eingeordnet, obwohl es sich hier eigentlich - vom umfangreichen Restitutionshandel einmal abgesehen - um Verteilungsprozesse zwischen ehemaligen Bewohnern der DDR handelt. Allein der Umstand, daß die ehemaligen Eigentümer und heutigen Anspruchsberechtigten Ostdeutschland verlassen mußten bzw. verlassen haben und der Umstand, daß sie zwischenzeitlich westdeutsche Lebensumstände und damit eine tatsächlich oder vermeintlich dynamischere Entwicklung genießen konnten - in einigen Fällen lagen jedoch effektiv nur wenige Monate West-Aufenthalt vor - haben sie für die Ostdeutschen aus der "Notgemeinschaft der Hiergebliebenen" ausgeschlossen. Die Verteilung von Ost nach West wird folglich auch hier real empfunden.

Starke Verdrängungsprozesse

Letztlich sollte bei den individuellen Umverteilungen von Ost nach West noch auf Verdrängungsprozesse ostdeutscher Gewerbetreibender sowie ostdeutscher Landwirte durch die Verkaufspraxis von landwirtschaftlichen Nutzflächen über die Treuhandanstalt hingewiesen werden. Die wirtschaftliche Existenz ostdeutscher Gewerbetreibender ist beispielsweise durch die Explosion von Gewerbemieten und das immer noch vorhandene Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Gewerberaummarkt gefährdet. Die geringfügige Kapitalbildung bei ostdeutschen Gewerbetreibenden macht sie zu Verlierern in diesem gnadenlosen Konkurrenzkampf um lukrative Gewerbestandorte - besonders in den Innenbereichen von ostdeutschen Städten ist dieser Verdrängungsprozeß zu beobachten. Das einzige Schutzinstrumentarium, das hiergegen im Einigungsvertrag installiert worden ist, - der Kündigungsschutz bei Mieterhöhungen mit Existenzgefährdung - , läuft zum Ende des Jahres aus. Eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, dieses Instrument zu verlängern, hängt vorrangig vom Willen der Regierungskoalition ab. Meine Erwartungen sind hier jedoch nicht sonderlich optimistisch.

Wie sieht es nun bei den individuellen Verteilungen mit umgekehrter Verteilungsrichtung aus? Also bei jenen Vermögenszuordnungen im persönlichen Bereich der Menschen, die von West nach Ost laufen. Zum einen gehört hierzu vor allem der persönliche Beitrag der Bürger der Alt-Bundesländer zur Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit - etwa also der individuelle Solidaritätsbeitrag des Jahres 1991 oder die anderen, von der Bundesregierung zum Teil kassierten Beiträge an anderer Stelle. Ohne die bisherigen Leistungen der Bürger der Alt-Bundesländer kleinreden zu wollen - insbesondere die soziale Schiefelage beim Aufkommen, vergrößert im Westen das Belastungsgefühl der Leute - bleibt jedoch im Vergleich festzustellen:

Im Bereich der individuellen Umverteilungen überwiegt bisher die Verteilung von Ost nach West. Dies nicht nur deshalb, weil auch die Ostdeutschen die finanziellen Leistungen für die neuen Bundesländer mitbezahlen - natürlich mit einem gemessen am Einkommen individuell geringeren Beitrag. Sondern vor allem auch deshalb, weil die Umverteilungen von Ost nach West für die Gruppe der davon betroffenen Menschen existentielle Einschnitte verkörpern. Hier geht es nicht um die Verteilung von Einkommen oder Zuwachs, sondern um die Neuordnung von "Bestandsvermögen", von Lebensgrundlagen schlechthin.

Nach der eingangs entworfenen Systematik wende ich mich nun den gesellschaftlichen Umverteilungen zu. Im Unterschied zur individuellen Umverteilung besteht hier eine gewisse Feme zu einzelnen Personen - die Betroffenheit läßt sich weniger an konkreten Individuen ausmachen, die einen direkten und einschneidenden Vermögensverlust erleiden. Die Umverteilung wird vielmehr zu Recht oder zu Unrecht quasi kollektiv empfunden. Bleiben wir bei unserer bisherigen Methodik und schauen zunächst auf das, was offensichtlich gegenwärtig in gesellschaftlicher Form von Ost nach West umverteilt wird.

Umverteilung von Ost nach West

Der größte Umverteilungsprozeß scheint diesbezüglich beim Verkauf der ehemals volkseigenen Betriebe durch die Treuhandanstalt an westliche Investoren stattzufinden. Da Investoren aus anderen Industriestaaten leider zu wenig Interesse an der Übernahme von ostdeutschen Betrieben gezeigt haben, liegt hier in der Tat ein innerdeutsches Problem auf dem Tisch. Eine Umverteilung scheint vor allem auch deshalb stattzufinden, weil in der Vergangenheit leistungsfähige Unternehmen zum Teil zu symbolischen Gegenwerten den Eigentümer wechselten.

Dennoch gehört die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt nach ihrem Kern meines Erachtens nicht in den Bereich der ost-westlichen Umverteilungsprozesse. Es mag formalistisch erscheinen, in diesem Zusammenhang vorrangig juristisch zu argumentieren. Dennoch schärft ein Blick in die tatsächlichen Zusammenhänge das Bewußtsein für reale Vermögenstransfers und führt notwendigerweise ein Stück weg vom allgemeinen Ungerechtigkeitsgefühl.

Hinter dem Verkauf der ehemals volkseigenen Betriebe an westdeutsche Unternehmen steht kein echter Umverteilungsprozeß im ost-westlichen Sinne. Es mag heute bitter sein, aber volkseigenen Charakter haben die Betriebe in der ehemaligen DDR nie besessen. Nach ihrer Eigentumsstruktur waren sie bestenfalls als staatliches Eigentum zu definieren und gemessen an der tatsächlichen Machtstruktur innerhalb der DDR eigentlich dem SED-Politbüro als faktischem Eigentümer zuzuordnen. Der Einigungsvertrag hat hier in relativ naher Anlehnung an die früheren Realitäten für Klarheit gesorgt. Die Betriebe der ehemaligen DDR wurden faktisch als Staatsvermögen an den Bund übertragen. Die tatsächliche Umverteilung verläuft deshalb heute zwischen dem Bund (als eigentlicher Rechtsnachfolger des DDR-Staates) und interessierten bundesdeutschen Unternehmen.

Das Umverteilungsempfinden der Menschen erwächst hierbei in zweiter Ebene daraus, daß ostdeutsche Unternehmen zum Teil zu unangemessen niedrigen Preisen verkauft werden. Wir

können dies alle sehr bedauern, aber im Kern findet hier eine - unbestritten gnadenlose - Wertfeststellung ostdeutscher Unternehmen in einer rezessiven Wirtschaft statt. Tragisch bleibt dabei unbestritten, daß der Staat - sprich die Bundesregierung - in dieser Situation nahezu nichts für die Werterhöhung der ostdeutschen Betriebe - wie dies beispielsweise über aktive Sanierungen und produktivitätswirksame Investitionen der Fall wäre - unternimmt. Die von seriösen westdeutschen Investoren erbrachten Gegenleistungen, die tatsächlich bei privatisierten Unternehmen getätigten Investitionen und das übernommene Betriebsrisiko müssen dadurch unterproportioniert erscheinen. Hier setzt vor allem die Politik Ursachen für Ungerechtigkeitsempfindungen bei den Ostdeutschen.

Dennoch verlaufen auch auf gesellschaftlicher Ebene reale Umverteilungsprozesse von Ost nach West. An dieser Stelle sollten vor allem zwei dieser Vorgänge angesprochen werden, die allein schon wegen ihres quantitativen Gewichts Erwähnung finden müssen. Eine gesellschaftliche Umverteilung ist gegenwärtig von Ost nach West beim Arbeitsvermögen zu beobachten. Die Abwanderung qualifizierten Personals aus Ostdeutschland in die alten Bundesländer ist nach wie vor ein stetiger Prozeß. Die Tatsache, daß sich zum Fortgang meist die leistungsfähigsten Teile der Arbeitnehmerschaft entschließen, verstärkt die negative Auswirkung für den Osten zusätzlich. Somit führt die ostdeutsche Entindustrialisierung nicht nur zu Massenarbeitslosigkeit, sondern auch zur qualitativen Verschlechterung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens im Osten. Ob diese Tendenz dereinst durch Zuwanderung aus dem Westen wieder ausgeglichen werden kann, bleibt abzuwarten - eine kurz- oder mittelfristige Änderung dieses Prozesses ist jedoch ausgeschlossen.

Export von Wirtschaftswachstum und Steuerkraft

Neben der Abwanderung von Arbeitsvermögen war bisher noch ein weiterer gesellschaftlicher Umverteilungsprozeß in Ost-West-Richtung bedeutsam. Gemeint ist ein Vorgang, den ich als Export von Wirtschaftswachstum und Steuerkraft vom Osten in den Westen bezeichnen will. Mit der Währungsunion im Jahre 1990 veränderte sich das ostdeutsche Konsumtionsverhalten entscheidend. Sowohl der individuelle als auch der produktive Verbrauch im Osten wurde überproportional stark durch westliche Anbieter befriedigt. Die Folge hiervon war ein zusätzliches Wirtschaftswachstum und eine Anhebung der Steuerkraft in den alten Bundesländern. Diese Entwicklung ist recht deutlich an der finanziellen Situation der alten Bundesländer im Jahre 1991 abzulesen. Während die alten Bundesländer in den Jahren 1985 bis 1990 ein durchschnittliches Einnahmewachstum von 4,2 Prozent erreichten, lag der Wert 1991 bei 8,1 Prozent, also fast doppelt so hoch. Die Hauptursache hierfür lag nach dem Bundesfinanzbericht vor allem beim erhöhten Länderanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer - hier dokumentiert sich auch ein zusätzliches Wirtschaftswachstum und ein Absinken der Arbeitslosigkeit im Westen.

Doch auch auf der Ausgabenseite der westdeutschen Länderhaushalte finden sich interessante Symptome für diesen ost-westlichen Umverteilungsprozeß.

So wurde von den westlichen Ländern - offensichtlich aus der Erfahrung von 1990 - bereits ein enormer Ausgabenzuwachs eingeplant. Lag der durchschnittliche Ausgabenzuwachs in den Jahren 1985 bis 1990 bei 4,1 Prozent, so beträgt der Ausgabenanstieg 1991 immerhin 6,8 Prozent. Diese zusätzlichen Finanzen wurden vor allem für vier Positionen eingesetzt.

Erstens, zur finanziellen Stabilisierung der westdeutschen Länderfinanzen. Das Finanzierungsdefizit der alten Bundesländer, welches 1990 noch bei 15,7 Mrd. DM lag, wurde um 2,0 Mrd. DM gesenkt. Die Quote der Kreditfinanzierung der Länderhaushalte sank gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 10 Prozent - ein Vorgang, der insbesondere den hochverschuldeten Alt-Ländern Entlastung gebracht hat. Zweitens sind wesentlich mehr Personalausgaben angefallen - hier denke man nur an den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst zurück. Ein Aus-

gabenanstieg lag drittens bei den Zahlungen der westdeutschen Länder an ihre Gemeinden. Und viertens ist 1991 auch ein Zuwachs an Ausgaben für Investitionen zu beobachten - die Ausgaben für Sachinvestitionen überschreiten in den Alt-Bundesländern beispielsweise den Vorjahreswert um 11,2 Mrd. DM; das sind 9,6 Prozent mehr.

1991 war also kein Jahr des "Kurztratens" in den alten Bundesländern, sondern ein Jahr des Wachstums und der Stabilisierung. Auch wenn dieser Umverteilungsprozeß - gerade angesichts der rezessiven Tendenzen in Westdeutschland - nun nicht mehr wiederholbar und abgeschlossen erscheint, so muß er doch an dieser Stelle, will man ein vollständiges Bild der wichtigsten Umverteilungen zeigen, benannt werden.

Kehren wir nun zu unserer Grundsystematik zurück und wenden wir uns den gesellschaftlichen Umverteilungen zu, die in West-Ost-Richtung verlaufen. Gerade die finanzielle Umverteilung vom Westen in den Osten hat in der Vergangenheit nennenswerte Beträge bewegt und wird vor allem auch künftig für die neuen Bundesländer von existentieller Bedeutung sein. Hier geht es um die Summe der materiellen und immateriellen Aufbauleistungen des Westens für den Osten. Nicht nur von Geld ist hier die Rede, sondern zum Beispiel auch von umfangreicher personeller Unterstützung beim Aufbau östlicher Verwaltungsstrukturen. Auch dies ist Umverteilung - hinter deren äußerer Ansicht in nicht wenigen Fällen Einschränkungen im persönlichen und finanziellen Bereich stehen.

Fleisige Umverteilung in West-Ost-Richtung

Quantitativ schwer einschätzbar ist das jetzige und künftige Volumen der finanziellen Transfers des Westens in den Osten. Die Veröffentlichung von Transfergrößen, welche die einheitsbedingten Einnahmen bzw. Einsparungen des Westens unberücksichtigt lassen, müssen jedoch als unseriös abgelehnt werden. Mich macht es jedenfalls nachdenklich, wenn der sächsische Finanzminister Milbradt (CDU) in einer Gesamtrechnung, die er am 28. Juli dieses Jahres veröffentlicht hat, für das Jahr 1993 lediglich auf eine Nettobelastung des Bundes wegen der neuen Länder von noch nicht einmal 13 Mrd. DM kommt. Ungeachtet dessen steht hier künftig ein riesiges Umverteilungsvolumen in West-Ost-Richtung ins Haus. Selbst Ministerpräsident Biedenkopf entwirft in einer Presseerklärung vom 23.7. dieses Jahres mittlerweile folgendes Szenario:

Will man in Ostdeutschland eine vergleichbare Erwerbsquote schaffen, wie im Westen - und dies scheint für das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht Deutschlands wohl unabdingbar zu sein, so sind hierfür 6,5 Mio. Arbeitsplätze erforderlich, die mit einem Investitionsvolumen von ca. 900 Mrd. DM geschaffen werden müssen. Der Finanzaufwand für das ostdeutsche Sozialsystem, für den Infrastrukturaufbau und für die Altlastensanierung wird mit insgesamt 1.000 Mrd. DM geschätzt. Unabhängig davon, daß es hierbei nicht nur um öffentliche Mittel gehen kann, so steht dennoch damit ein Finanzbedarf von ca. 1.900 Mrd. DM ins Haus, der bei einem hypothetischen Durchschnittsvolumen von 150 Mrd. DM pro Jahr einen Finanzierungszeitraum von 12 1/2 Jahren umfassen würde - das heißt, bis ins Jahr 2003.

Allein die Zahlungsverpflichtungen der öffentlichen Hand an die Banken aus dem Fonds "Deutsche Einheit", aus dem Kreditabwicklungsfonds, aus den Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und aus der Treuhandanstalt werden 1994 mindestens zu einer Summe von ca. 500 Mrd. DM aufgelaufen sein. Damit ist klar, daß im Bereich der gesellschaftlichen Umverteilungen künftig die Umverteilung von West nach Ost überwiegen wird.

Für die Menschen in Ostdeutschland bleiben meines Erachtens vorerst dennoch die individuellen Umverteilungen, insbesondere die Umverteilungen von Ost nach West bewußtseinsseitig bestimmend. Dieser Umstand hat seine Ursache nicht nur in den drückenden sozialen Bedingungen, welche in dieser Umbruchphase von den Menschen ertragen werden müssen.

Meines Erachtens liegt eine nicht zu unterschätzende Ursache auch in den zahlreichen immateriellen Umverteilungen von West nach Ost, die im Zuge des Beitritts der DDR entstanden sind. Hierzu gehört beispielsweise der fast komplette Transfer westdeutscher Rechts-, Verwaltungs- oder Bildungsstrukturen, was die Fremdheit für viele Ostdeutsche im eigenen Land zusätzlich verstärkt. Hiermit künftig besser umzugehen, Institutionen und Regelungswerk künftig gründlicher auf "Ostverträglichkeit" zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern, wird Aufgabe der Politik sein.

Die größte Herausforderung bleibt jedoch das historische Unterstützungs- und Förderwerk der Westdeutschen für die Menschen im Osten, ohne das der Weg aus der Krise nicht gefunden werden kann. Dies zu leisten, ohne die bewußtseinsseitige Spaltung, ohne die Einteilung in Gewinner und Verlierer weiter zu vertiefen, steht als politische Aufgabe vor uns. 'Denn so richtig die Aussage auch ist', so Richard von Weizsäcker in seinem jüngsten Buch, 'daß man im Westen für den erreichten Wohlstand jahrzehntelang hart gearbeitet hat, so geschah dies doch in voller Freiheit unter der Gunst der internationalen Lage, mit starker anfänglicher Unterstützung durch den Marshall-Plan und mit Hilfe der Dynamik des sich öffnenden Marktes der europäischen Gemeinschaft. Das alles waren Bedingungen, die im Osten ohne Schuld der Menschen gefehlt hatten'.

(-/28. Oktober 1992/rs/ks)

Macht mit, auch wenn der Streibl fehlt

Zur gemeinsamen Kundgebung gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit

Von Margitta Terborg MdB

Bayerns Ministerpräsident Max Streibl hat uns via Fernsehen, Funk und Presse wissen lassen, daß er an der großen Kundgebung der deutschen Demokraten gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit am 8. November in Berlin nicht teilnehmen werde. Er hat nicht etwa andere Termine vorgeschützt - was normalerweise Ministerpräsidenten täten. Streibl erklärt, es gebe wirksamere Mittel, dem Radikalismus zu wehren. Mit seinem Abtauchen hatte ich gerechnet. Bayerns Ministerpräsident fehlte auf der Liste derer, die auf meine Bitte um eine Manifestation der Demokraten antworteten. Die wirksameren Mittel, die Herr Streibl androht, wecken meine Neugier. Werden nun die Schlagstöcke der bayerischen Polizei nach rechts gerichtet?

Entschuldigung: das ist eine ärgerliche und deshalb vielleicht auch ungerechte Reaktion auf eine Provokation.

Es geht wirklich um Wichtigeres. Um die Tatsache, daß unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten der Bundeskanzler, der SPD-Vorsitzende, der FDP-Vorsitzende, der BDI-Vorsitzende, der DGB-Vorsitzende, abgeordnete Bischöfe und (fast) alle Ministerpräsidenten das demokratische Deutschland der Welt und ihren Mitbürgern präsentieren wollen. Da kann dann schon mal einer fehlen. Falsch wäre es sicher nicht, eine Prominentenliste des 8. November im Hinterkopf zu behalten.

Die eigentliche Frage aber ist die: wie viele Deutsche werden sich der Demonstration anschließen. Wie viele Christen, Gewerkschafter, Unternehmer, Mitglieder von Parteien, Vereinen, Bürger- und Friedensinitiativen. Wenn es über Hunderttausend würden, könnte man den fehlenden Bus aus Bayern leichter verschmerzen.

(-/28. Oktober 1992/rs/ks)

Handel mit Frauen aus Thailand unterbinden
Zur Notwendigkeit einer europäischen Initiative

Von Karin Junker MdEP
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Eine Aufstockung der Hilfsprogramme der Europäischen Gemeinschaft für burmesische Flüchtlinge, die im thailändischen Grenzgebiet Zuflucht suchen, ist dringend erforderlich.

In der dieswöchigen Plenarsitzung in Straßburg erwarte ich eine Mehrheitsentscheidung des Europäischen Parlaments für einen von mir eingebrachten Entschließungsantrag, der sich dafür ausspricht, unter anderem auch die Errichtung und Unterhaltung von Frauenhäusern in den Flüchtlingsgebieten vorzusehen.

Ferner fordere ich die EG-Mitgliedsländer auf, sich dafür einzusetzen, daß der in Thailand florierende Menschenhandel - von dem zunehmend burmesische Frauen und Mädchen betroffen sind - wirksam unterbunden wird. Den Opfern von sexueller Mißhandlung und Zwangsprostitution, die sich nach Europa durchschlagen oder in europäische Bordelle verschleppt werden, soll Asyl gewährt werden.

Hintergrund dieser Initiative sind Erkenntnisse, daß in den vergangenen Jahren rund 40.000 burmesische Frauen und Kinder, darunter sogar nicht wenige Zehnjährige, in thailändischen Sexbetrieben unter menschenunwürdigen und oft lebensgefährlichen Bedingungen zur Prostitution gezwungen wurden.

Die Befreiung von 95 burmesischen Frauen aus thailändischen Bordellen im vergangenen Monat endete mit der Abschiebung nach Burma, wo Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, wobei eine große Zahl AIDS-infizierter Frauen von burmesischen Sicherheitskräften vermutlich ermordet worden sind.

(-/28. Oktober 1992/rs/ks)
